

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 17. September 1915

Inhalt: Beitragsleistung. — Die deutschen Gewerkschaften im ersten Kriegsjahre. — Die kommende Hochkonjunktur der Automobilindustrie. — Jwana. — Fortwährende Unternehmerrückfälle auf Kosten der Arbeiterlöhne. — Der Durchschnittslohn bei vorübergehender Beschäftigung auf Zeit. — Feldgrau. — Feldpostbrief. — Ein Mahnwort an die Mütter der schulentlassenen jugendlichen Arbeitsträger. — Aus unserm Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Für die Woche vom 19. bis 25. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die deutschen Gewerkschaften im ersten Kriegsjahre.

Die Betätigung der deutschen Gewerkschaften am gesamten Wirtschaftsleben und besonders ihre im Interesse der Arbeiterschaft gelegenen Maßnahmen bilden jetzt sehr oft den Gegenstand eingehender und beachtenswerter Behandlung in der Presse. Da liegt doch nichts näher als die Annahme, alle erwerbend tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Wirkung gewerkschaftlicher Einrichtungen am eigenen Leibe verspürt haben, mühten auch dementsprechend handeln und nach besten Kräften versuchen, die Erfolge dauernd zu sichern. Leider müssen wir oft das Gegenteil erfahren. Häufig angewandter Eigenmuth, Gleichgültigkeit, nicht selten persönliche Animosität gegen irgendwen, dienen als Grund, der Gewerkschaft fernzubleiben oder gar sich der Mitgliedschaft mit demselben Gleichmut zu entziehen, wie man ein schmutziges Hemd auszieht. Trotz dieses sehr oft verurteilten Verhaltens kann und wird die Gewerkschaft ihre Werbewirksamkeit auszuüben bestrebt sein und immer wieder gegen den Indifferentismus ankämpfen. Die Kriegsarbeit der Gewerkschaften ist das geeignetste Agitationsmaterial. Liefern sie doch den besten Beweis, was alles durch organisatorischen Zusammenschluß erreicht werden kann. So veröffentlicht Genosse Robert Schmidt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, in dem „Sozialistischen Monatsheften“ einen Artikel über die deutschen Gewerkschaften im ersten Kriegsjahre, aus dem wir nachfolgend einige wichtige Ausführungen wiedergeben:

„Trotz auch die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit weniger hervor, so wurden um so intensiver alle Hilfsmittel ausgenutzt, um der Arbeiterschaft unter der gegebenen Situation zu nützen. Die Bestrebungen, die Wirkungen des Krieges zu lindern, wiesen Gewerkschaften und Unternehmerverbände bald auf gewisse Berührungspunkte hin. Die Not führte sie zu gemeinsamer Arbeit zusammen, denn die Störungen des Erwerbslebens trafen Arbeiter und Unternehmen gleich hart. Es mußte der Versuch gemacht werden, durch vermehrte Arbeitsgelegenheit, Aufträge des Staates oder der Gemeinden, Beschaffung von Rohmaterial, Velebung des Exports, die Gewerbe wieder in Gang zu bringen. Hier war der Weg zur Verfolgung gemeinsamer Interessen leicht gewiesen. Es war keine leichte Aufgabe für die Gewerkschaften, an den Tarifbestimmungen festzuhalten, man muß anerkennen, daß sehr einflußreiche Unternehmerverbände auf ihre Mitglieder einzuwirken suchten, damit diese auch unter

den veränderten Verhältnissen die Vereinbarungen innehielten.

Mit der Zunahme der Beschäftigung, besonders in der Rüstungsindustrie, änderten sich bald die Verhältnisse. Der anfängliche Lohndruck wich, es kam zu Lohnerhöhungen, die auch über die Minimalhöhe der Tarife hinausgingen, weil anerkannt wurde, daß bei der Preissteigerung der Lebensmittel die Voraussetzungen beim Tarifabschluß nicht mehr maßgebend waren.

Sehr wertvoll war für die Bemühungen der Gewerkschaften die Stellungnahme der Militärverwaltung. Diese konnte bei ihren großen Aufträgen auch die Regelung der Löhne beeinflussen. Das erwies sich als notwendig, denn an verschiedenen Stellen wurde trotz den pünktigen Aufträgen der Versuch gemacht, die Löhne zu drücken. Die Militärverwaltung sah auf die Vorstellungen der Gewerkschaften hin sehr bald ein, daß solchen Treibereien aller möglichen Spekulanten, die sich zwischen Arbeiter und Unternehmer schoben, ein Ende bereitet werden müsse.

Man darf behaupten, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften während des Krieges eine erhebliche Stärkung erfahren hat. Zunächst mußten naturgemäß die Industrien, die mit Militärlieferungen zu tun hatten, sich dem Tarifvertrag zugänglich zeigen. So wurden für die Schneiderei und die Wäscheherstellung, für die Regelung der Heimarbeit Tarife eingeführt, die ohne den sehr fühlbaren Druck der Behörden nicht zustande gekommen wären.

Als Beispiel, wie es gelungen ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, mag der Tarif für das Sattlergewerbe hier herangezogen werden. Für diesen Beruf ist unter Mitwirkung der Militärverwaltung ein Reichstarif zustande gekommen, der eine Wochenarbeit von 55 Stunden festsetzt. Die Lohnsätze des Berliner Tarifs, der als Grundlage angenommen wurde, sind durchschnittlich um 15 Proz. erhöht worden und während der Kriegszeit wurde ein Zuschlag von 20 bis 30 Proz. vereinbart. Da der Tarif auf drei Jahre abgeschlossen ist, ist ein Fortbestand auch nach dem Kriege gesichert.

Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wurde während des Krieges die freie Konkurrenz sehr eingeschränkt; auch auf dem Arbeitsmarkt ist ihre Herrschaft ernstlich bedroht, so ernstlich, daß sie wohl auch für die Zukunft nicht mehr in ihrer alten Art wieder herzustellen sein dürfte. Im übrigen hat der Tarifvertrag auch außerhalb der Rüstungsindustrie beachtenswerte Erfolge aufzuweisen. Den Bemühungen der Bauarbeiterverbände ist es gelungen, für die Bauhandwerker, die beim Wiederaufbau Ostpreußens beschäftigt sind, feste Normen für die Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unter Mitwirkung des Oberpräsidenten für Ostpreußen ist ein Vertrag vereinbart worden, der einen paritätischen Arbeitsnachweis vorsieht und über Mindestlöhne, Arbeitszeit, freie Eisenbahnfahrt und die Unterkunftsräume der Arbeiter Bestimmungen enthält.

Sehr umfangreich gestaltete sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet. In erster Linie stehen hier ihre Bemühungen für Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung, für die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, für Einführung der Wächterinnenunterstützung, die Kriegsinvalidentfürsorge und für die Verbesserung unserer Militärpensionsverhältnisse. Gegenstand eingehender Beratungen war unangesehnt die Frage der Lebensmittelversorgung und die Abwehr der Preissteigerungen. Wenn die Regierung durch Einteilung und Beschlagnahme der wichtigsten Nahrungsmittel die Volksernährung sichergestellt, decken

sich ihre Maßnahmen zum Teil mit Vorschlägen, die aus Gewerkschaftskreisen stammen.“

Neber das gleiche Thema veröffentlicht unser Kollege Johann Sassenbach in der „Zeitschrift für Politik“ eine längere Abhandlung, der wir nur einige Auszüge entnehmen:

„Als der Krieg ausgebrochen war, waren sich die Leiter der freien Gewerkschaften fast ohne irgendeine Diskussion darüber klar, welchen Standpunkt sie einzunehmen hatten. Der Krieg war ein Abwehrkrieg, dem deutschen Volke aufgezwungen, und mußte als etwas Unvermeidliches hingenommen werden, wenn er auch zu keiner besonderen Begeisterung Anlaß gab. Jetzt konnte es sich nicht nur darum handeln, die Macht des Landes gegen feindliche Angriffe zu stärken und dann dafür zu sorgen, daß auch während des Krieges die Lage so günstig wie möglich für die Arbeiterschaft gestaltet wurde.

Es wird kaum bestritten werden können, daß diese geschlossene Stellungnahme der freien Gewerkschaften und der mit ihnen verbundenen sozialdemokratischen Partei einen großen Einfluß auf die Gestaltung des Krieges ausgeübt hat. Diejenigen, die die Gewerkschaften bekämpfen, mögen sich einmal vor Augen halten, was gekommen wäre, wenn diese Stellungnahme eine andere gewesen wäre. Wenn einmal gesagt wurde: „Bei einem entgegengesetzten Verhalten der deutschen Arbeiterschaft wären die Kuffen längst in Berlin,“ so erscheint dieses nicht allzu übertrieben.

Wenn die freien Gewerkschaften beabsichtigten, durch ihre Tätigkeit während des Krieges die Lage der Arbeiterschaft so günstig wie möglich zu gestalten, so mußte zunächst versucht werden, den Bestand der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen aufrechtzuerhalten. Daß die Gewerkschaften geschwächt werden würden, war voraussehen, ein Zusammenbruch aber wäre für die Arbeiterschaft und darüber hinaus für die deutsche Volkswirtschaft verhängnisvoll geworden.“ Es wird dann erzählt, was getan wurde, um die Lebensfähigkeit der Gewerkschaften zu sichern. Unseren Mitgliedern ist bekannt, welche Maßnahmen dazu bei uns ergriffen wurden. Die verständige Haltung der Regierung, die nicht wünschte, sich selbst einen neuen Feind im Lande zu schaffen, ermöglichte den Verbänden, ihre Tätigkeit fortzusetzen und die Geschäfte in gewohnter Weise zu betreiben.

„Das Hauptziel der Gewerkschaften ist Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Soweit als möglich soll dieses Ziel durch friedliche Vereinbarungen mit den Unternehmern erreicht werden: Arbeitsbeeinträchtigung ist nur das äußerste Mittel. Der Streik ist den Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern wird als zweischneidige Waffe betrachtet.“ Es erschien den Gewerkschaften selbstverständlich, daß mit Ausbruch des Krieges die Streiks aufgehoben werden mühten. Dagegen erwartete man aber auch „in dieser schicksalreichen Stunde“, wie ein Aufruf der Generalkommission besagt, von den Unternehmern, „daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenutzt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft zu stellen.“

Andern Verbänden gelang es während des Krieges, über die bestehenden Tarifverträge hinaus neue abzuschließen. Besonders interessant ist der erst nach Kriegsausbruch geschlossene Reichstarif für Militärsattlerei, der nur unter der tatkräftigen Mitarbeit der Militärbehörden zustande kommen konnte. Die Organisation der Sattler hat schon seit Jahren auf einen überall geltenden Tarif-

vertrag hingewirkt, aber ohne ihn erzwingen zu können. Dieses gelang nun während des Krieges, wobei das Eigenartige zu verzeichnen war, daß die Berliner Fabrikanten mit den Arbeitern und den Militärbehörden an einem Stränge zogen und schließlich gemeinsam mit diesen die abwärts stehenden Provinzialfabrikanten zwangen, das Vereinbarte anzuerkennen. Der Vertrag wurde nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auf drei Jahre abgeschlossen."

Die hier wiedergegebenen Auszüge könnten wir noch mit Zeugnissen anerkannter Wirtschaftsgelahrter aus bürgerlichen Kreisen um ein Bedeutendes vermehren. Doch glauben wir uns für diesmal damit begnügen zu können, in der Erwartung, jedes Mitglied wird mit erntem Eifer für die Stärkung unseres Verbandes tätig sein.

Die kommende Hochkonjunktur der Automobilindustrie.

In der Fachpresse der Automobilisten herrscht frohe Stimmung. Der Krieg bringt ihnen reichen Gewinn, je länger er dauert. Und sogar dem kommenden Frieden sieht man schon als Gewinnbringer entgegen. Die Regierung ist der Industrie dadurch entgegengekommen, daß sie gestattet, bisherige Systeme zu bauen, so daß man sich nicht mit Neuerungen abzugeben braucht, und außerdem dadurch, daß sie das Ausfuhrverbot für kleine Wagen (bis zu 6 Steuer-P.S.) und die Benzinpore in manchen Bezirken aufgehoben hat.

Nachdem der Krieg ein Jahr gedauert, hat die „Allg. Automobil-Zeitung“ eine Rundfrage an die Fabrikanten erlassen, um festzustellen, inwieweit Beschäftigung vorhanden ist, welche Aussichten für die Zukunft da seien, ob für die Friedenszeit schon Aufträge vorlägen, ob Einbußen zu verzeichnen seien und wie sich voraussichtlich der Export ins Ausland gestalten werde. Außerdem bezog sich diese Rundfrage auf die Kriegserfahrungen und die durch den Krieg herbeigeführten Verbesserungen an den Maschinen.

In ihrer Nummer vom 14. August teilt das Fachblatt die Antworten der Fabrikanten mit, die insofern hochinteressant sind, als sie durchweg auf günstigen Ton gestimmt sind. Durchweg hofft man, daß der kommende Waffenstillstand lang genug sein möge, um Zeit zum Besuch der Rundschaft zu haben, um das Friedensgeschäft gut vorzubereiten. Die Zubehöder-Firmen lagen offen, daß sie „einen vorüber ungekannnten Aufschwung“ voraussehen, zumal ja die Bedeutung des Automobils „erst im Laufe des Krieges richtig zur Geltung gekommen“ sei usw. Die allermeisten Autofabrikanten haben natürlich vollauf mit Meeresslieferungen zu tun, haben somit auch nicht unter Arbeitermangel zu leiden. Besonders blühe das Geschäft der Lastwagen. In Deutschland sind in letzter Zeit mehrere neue Lastwagenfabriken entstanden, und die Motorräderhersteller haben an mehreren Orten große Fabrikvergrößerungen vornehmen müssen, z. B. A. R. S. U., Gottfried Lindner u. a. m. Die Zubehördern sind, wie aus den Antworten hervorgeht, mit der Herstellung von Armaturen, Bergojern, Krowlant- und Sanitätswagen gut beschäftigt. Zusammenfassend sagt die „Automobilzeitung“: „Fast alle Automobilfabriken glauben an eine enorme Hochkonjunktur ihrer Branche, speziell werden dem Lastwagen überall sehr gute Aussichten prophezeit.“

Mehrere Firmen erklären, schon Aufträge für die Friedenszeit zu haben! Ein Beweis festsicher deutscher Zubehördlichkeit!

Interessant für uns ist die Beantwortung der Frage, ob sie in bezug auf Personal für die Friedenszeit vorgeplant hätten. Die Fabrikanten antworten, daß die Verluste durch das in den Etappen usw. freiverwendete Personal ersetzt werden würden.

Eine Firma (Boden) antwortete: „Zum Teil war Ersatz nicht nötig, weil sich das Geschäft mit der Meeressverwaltung sehr viel einfacher gehalten als das Friedensgeschäft mit seinen tausenderlei Variationen, und im übrigen erwarten wir unser gesamtes Personal wieder zurück. Jedenfalls ist jedem einzelnen Beamten seine Position gesichert worden, ebenso auch jedem Arbeiter.“

Das Blatt fügt hinzu, daß sich dieser menschlich schöne Zug auch bei anderen Firmen zeige. So schreibt der Leipziger Karosierer Aug. Bickau, daß er „mit seinem zur Fabrik einberufenen kaufmännischen, technischen und Arbeiterpersonal dauernd in Fühlung bleibe und nach dem Kriege mit denselben gutingearbeiteten Leuten flott weiterzuarbeiten“ hoffe.

Gelobt wird in den Antworten das große Entgegenkommen der Meeressverwaltung bei der Reklamation unentbehrlicher Arbeiter, dem es zu danken sei, daß die Betriebe vollauf in Ordnung blieben. In bezug auf den Export ist man nicht sehr pessimistisch, trotz Englands Veruche, uns überall das Geschäft abzufragen. „Man wird da wieder anfangen zu arbeiten, wo man beim Kriegsausbruch

aufgehört hat“... Deutscher Handel und deutsche Industrie würden den Auslandshandel wieder erobern und schon zeigen die deutschen Automobilwerke im Auslande sich als gutes Fabrikat an.“

Auf die interessante Frage: „Werdn Ihnen die gesammelten Kriegserfahrungen voraussichtlich zu wichtigen konstruktiven Verbesserungen Ihrer Fabrikate Veranlassung geben?“ antworten die Fabrikanten übereinstimmend, daß sie im wesentlichen keine Klagen über ihre Fabrikate gehört hätten. Deutsche Art scheint sich eben überall und in allen Dingen bewährt zu haben. Für Lastwagen dagegen scheint es, daß künftig gewisse Verbesserungen sich dauernd einbürgern würden, in erster Linie die Verbesserung der Verwicklung. Wahrscheinlich werde sich auch ein ausgeprochenes Kriegs-Motorräder heraus-

Zwang.

So manche Grenze hat der Krieg verwischt, so manche Schranke hat er fallen lassen, deren Erhaltung man früher für wesentlich und wichtig hielt. Dazu gehört auch der militärische Zwang und Drill. Die steife Knechtschaft, der stamme Zwang bis in die größten Kleinigkeiten des militärischen Lebens, sie sind bis zu einem ganz erheblichen Teile draußen geschwunden. An ihre Stelle ist getreten ein neues Gefühl, das Bewußtsein, daß es sich um ein großes Ziel handelt und daß diesem Ziele entgegenzuwirken die allgemeine Pflicht aller Krieger ist, vorgeföhrt wie untergeordneter, und gegenüber dieser Pflicht verfallen so manche Kleinliche Pflichten des militärischen Alltagslebens.

Das zeigt uns einmal wieder, daß es gewiß einen Zwang geben muß, daß dieser Zwang aber auch seine Grenzen hat. Der Zwang ist nur insoweit berechtigt, als er für die Erreichung des Zieles nötig ist. Als freies Glied eines Ganzen hat sich jeder zu fühlen. Nur dann kann ein Ziel erreicht werden, wenn all die einzelnen sich ohne Kleinliche Belästigung mit voller Freudigkeit ganz auf ihre große Sache werfen können. Das haben wir stets gesagt, aber man verstand uns nicht. Jetzt vermindert der Krieg von selbst in hohem Maße all die kleinen Belästigungen, den falschen Zwang, den Drill, und nichts hat man mehr im Auge als Erreichen eines großen Zieles.

So muß es natürlich auch im Friedensleben sein. Auch da hat ein jeder ein Kämpfer zu sein für eine hohe Idee, und als solcher muß er frei sein von unnatürlichen Beschränkungen und Bevormundungen. Als freier Mensch hat ein jeder seine ganze Kraft für das Ganze einzusetzen und dessen weitere Entwicklung. Heute ist das aber noch nicht möglich. Unser heutiges Zusammenleben ist auf einer anderen Grundlage aufgebaut. Es fehlt zu sehr die persönliche Freiheit jedes einzelnen und die freie Entfaltung jedes einzelnen für eine große Einheit. Und darum eben erleben wir ja auch eine neue Welt, in der ein jeder ohne jedweden unnatürlichen Zwang sein ganzes Ich freudig hingeben kann für das Ganze. Der Zwang besteht dann allein in der notwendigen Eingabe der natürlichen Kräfte und Fähigkeiten, und solchen Zwang fühlen wir als Freiheit, da solch ein Wirken der natürliche Ausfluß unserer Veranlagung ist. Freiheit aber, und sie allein ist das Glück. Und darin bringt uns ein reines, lautes, edles Glück, ein schönes Arbeits- und Lebensglück allein die Zukunft, unsere Zukunft!

bilden, wenn nur die Militärverwaltung ihre diesbezüglichen Erfahrungen bald bekanntgeben würde. Auch die Zubehördern sprechen in ihren Antworten nur von kleinen fortlaufenden Verbesserungen, die die Kriegserfahrungen mit sich gebracht haben. Das weitere werde die spätere persönliche Prüfungnahme bringen. Und die persönlichen Erfahrungen, die die aus dem Felde zurückkehrenden Kraftfahrer mit nach Hause bringen werden.

Das letztere ist besonders wichtig: ist doch so manche Verbesserung auf die Erfahrungen der Arbeiter zurückzuführen. Aber auch die übrigen Ausführungen dürften für unsere Kollegen sehr lehrreich sein und ihnen beweisen, daß auch sie nach dem Kriege ein Recht haben, an dem kommenden Aufschwung mit teilzunehmen.

M. M. S.

2 070 903 Automobile in Amerika. Die Zahl der in Amerika in Verwendung stehenden Personenumobile und Lastwagen hat laut der am 1. Juli dieses Jahres vorgenommenen Registrierung zwei

Millionen überschritten. Es wurden nicht weniger als 2 070 903 Fahrzeuge verzeichnet. Am 31. Dezember 1914 verzeichnete man in Amerika noch die Ziffer von 1 754 570 Automobilen, so daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine Steigerung der Menge um 316 333 konstatiert wurde. Die amerikanischen Automobilfabriken arbeiten jetzt mit Hochdruck. Fahrzeuge aller Typen werden in ganz unüblichen Mengen fertiggestellt, und es wird wohl nicht übertrieben sein, wenn man annimmt, daß die Ziffer von 334 800 bis Ende dieses Jahres sich fast verdoppelt haben wird. Gibt es doch Fabriken, die 50 000 bis 100 000 Automobile jährlich erzeugen, ganz abgesehen von jener Fabrik, die allein imstande ist, 300 000 Automobile herzustellen. Dann kommt noch eine größere Gruppe von Fabriken, die 10 000 bis 50 000 Wagen erzeugen, so daß die Anzahl der Amerikaner, die Ziffer der Automobile in Amerika werde sich bis Ende dieses Jahres um 625 000 Fahrzeuge vermehrt haben, sehr begründet erscheint. Es ist interessant, bei dieser Gelegenheit zu erwähnen, daß Amerika laut „R. W. Tgl.“ derzeit 27 702 Firmen hat, die mit dem Automobilhandel in Verbindung stehen, und zwar 17 803 Automobilhändler, 17 016 Garagen, 1787 Reparaturwerkstätten, 947 Zubehördhändler und 1555 Adressatanten für elektrische Fahrzeuge.

Horrende Unternehmerrückfälle auf Kosten der Arbeiterlöhne.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz, wonach ein Sattlermeister in Warschau im Laufe des Krieges sich durch Militärlieferungen vom armen Mann zum Reichler einiger hunderttausend Mark emporgearbeitet haben soll. Nach diesem Vorbeide scheint der Sattlermeister Michel in Großröhrsdorf auch zu handeln. Derselbe liefert für die Firma Johann Gottfried Schöne in Großröhrsdorf Strähnenstielgurte, welche zur Ausrüstung unserer Truppen bestimmt sind. Nach dem Reichstagsvertrag für das Heeres-Verordnungsamtgewerbe ist der Akkordlohn für diese Arbeit auf 1,64 Mk. pro Stück festgesetzt. Obwohl die Heeresverwaltung annehmbare Preise für diese Aufträge bezahlt und die Verteilung von der Einhaltung der bestehenden Tariflöhne abhängig macht, bedurft es erst des Eingreifens des Staatsoberhaupts, um den Herrn Michel zu veranlassen, den Tariflohn entsprechend aufzubessern. Nach Abrechnung aller Vorarbeiten wurde für das Nähen der Strähnenstielgurte 1 Mk. vereinbart. Vorher hatten die Arbeiter nur 50 Pf. pro Stück erhalten. Da ein Arbeiter bei normaler Arbeitszeit 9 Stück fertigstellte, so hatte der Herr Michel bei 40 Arbeiter pro Tag 180 Mk. allein an Arbeitslohn verdient. Die Aufbesserung war für die Einwohner von Großröhrsdorf sehr angebracht, hatten doch viele wochenlang keine Arbeit gehabt. Wie die Arbeiter ausgenützt werden, kann man an die Akkordlöhne für Tränkeimer erleben. Auf dem Arsenal in Dresden werden für diese 1,10 Mk. pro Stück an Lohn gegeben, während Herr Michel nur 88 Pf. seinen Arbeitern dafür gab. Jeder, der Arbeit haben wollte, mußte sich bei dem Herrn Sattlermeister ein Häkchen für 7 bis 9 Mk. kaufen. Wir begreifen, daß die Arbeiter diese zum Selbstkostenpreis erhielten.

Aus Mache, daß er nun mehr an Lohn bezahlen mußte, gab er einigen verheirateten Leuten wenig oder gar keine Arbeit mehr. Dagegen bekamen junge Burshen und Mädchen unter 16 Jahren Arbeit in genügender Weise. Es ist uns unheimlich, wie es möglich sein kann, daß ein Mann, der Staatsarbeiten in Auftrag bekommt, so mit verheirateten Leuten, die ihr Recht beanspruchen, umgehen kann. Eine Anzahl der bei ihm in Mißtakt getretenen Arbeiter hat er bei den anderen Unternehmern in Beruf gebracht, so daß diese auf der Suche nach anderer Arbeit überall abgewiesen wurden. Und dieses geschieht unter der Herrschaft des Vorkrieges. Die Behörde hat hier die Pflicht eingzugreifen. Es geht doch auf keinen Fall, daß Leute, die dem Staat Steuern zahlen müssen, bei Staatsarbeiten durch die Launen eines Kleinmeisters die Arbeit entzogen bekommen und schließlich auf Kosten der Gemeinde Notunterstützung beziehen müssen.

Auch in Breslau sind bei den Unternehmern Heinrich und Geffert Zustände, die der Beachtung verdienen. Nach dem Reichstagsvertrag sollen für Selbstloschen-Miemengetelle 21 Pf. pro Stück an Akkordlohn gezahlt werden. Wenn man die Vorarbeiten bei diesen Unternehmern mit 6 Pf. veranschlagt, müßten immerhin 15 Pf. bezahlt werden. Die Unternehmer zahlen jedoch nur 4 und 4 1/2 Pf. pro Stück. Wenn normaler Arbeitszeit ist eine Person imstande, höchstens 50 Stück pro Tag fertigzustellen. Das sind 2 Mk. Verdienst. Werden höhere Verdienste erzielt — und damit prunken die Unternehmer —, so wird von früh um 5 Uhr bis abends 10 Uhr gearbeitet oder von mehreren Personen an einem Verdienst.

Diese aus der in Masse vorliegenden Beispiele hier wiedergegebene Auslese läßt mit Deutlichkeit erkennen, wie Unternehmer trotz Versicherungsvertrag mit den Behörden und trotz Reichstariif es versuchen, sich auf Kosten der Arbeitelöhne zu bereichern. Würden die in Betracht kommenden Arbeiter- und Arbeiterinnen sich etwas mehr um die gemeinlichlichen Einrichtungen kümmern, würden sie Mitglied ihrer Berufsorganisation werden, so stände es viel, viel besser um ihre Einkünfte und um ihre Lebenshaltung.

Diese Beispiele geben uns auch Gelegenheit, die viel gebrauchte Ausrede der Preisstreiber auf Lebensmittel zu zerstreuen, wonach die hohen Arbeitslöhne schuld an der Teuerung sind. Hier liegt der Nachweis vor, daß Unternehmer den rechtlichen Anteil der Arbeiter einstecken, sich in maßloser Weise auf Kosten der Arbeiter bereichern, die Lebensmittel unerwöhnlich teuer sind, trotzdem die Arbeiter kaum joweil verdienen, um notdürftig ihr Leben fristen zu können. Diesem Treiben entgegenzuwirken, ist Aufgabe unseres Verbandes. Erfolgreich kann es nur geschehen, wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterin treues Mitglied unseres Verbandes wird.

Der Durchschnittslohn bei vorübergehender Beschäftigung auf Zeit.

Die Schlichtungskommission für das Leder- und Schuhwerk Berlin hat bereits in ihrer Sitzung vom 13. April bezüglich der Berechnung des Durchschnittslohnes auf Grund des § 3 Abs. 2 entschieden, daß Arbeiter bei vorübergehender Beschäftigung auf Zeitlohn der Durchschnittslohn der letzten 13 Wochen zu zahlen ist. Mit dieser Entscheidung war der beteiligte Fabrikant nicht einverstanden, weshalb er die zweite Instanz, Schlichtungskommission unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, anrief, die das erstinstanzliche Urteil bestätigte und wie folgt begründete:

Die Schlichtungskommission ist bei ihrer Entscheidung davon ausgegangen, daß bei der Berechnung des Durchschnittslohnens im Sinne der Nr. 3g des Reichstariifs maßgebend nur sein kann derjenige Lohn, den der Arbeiter innerhalb der letzten drei Monate bzw. der letzten 13 Wochen vor dem jeweiligen Lohnzahlungstage tatsächlich verdient hat. Dieser Lohn setzt sich zusammen einmal aus den während der fraglichen Arbeitsperiode verdienten Beträgen, die dem Arbeiter, sei es für Arbeiterarbeit, sei es für Lohnarbeit, bezahlt worden sind, und ferner aus den ihm für diese Arbeiten gezahlten Kriegszuschlägen. Aus der Gesamtsumme, die sich unter Berücksichtigung dieser sämtlichen Beträge ergibt, ist der Durchschnittslohn zu berechnen. Es ist nicht, wie der Arbeitgeber angenommen hat, anständig, aus dem Gesamterwerbverdienst des Arbeiters den Kriegszuschlag auszuscheiden. Der Kriegszuschlag stellt sich nicht etwa als ein Geschenk an den Arbeiter, sondern als eine in festen Prozentangaben ausgedrückte Lohnverhöhung dar, ist also nichts anderes als ein Teil des Lohnes. Dieser um den Kriegszuschlag prozentualer erhöhte Gesamtlohn des Arbeiters kann aber allein in Betracht kommen, wenn es sich darum handelt, zu ermitteln, was der betreffende Arbeiter innerhalb einer bestimmten Arbeitsperiode im Durchschnitt fründlich verdient hat. Mitin ist für diejenigen Wochen, welche in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Reichstariifs fallen, der damals tatsächlich gezahlte Kriegszuschlag von 30 Proz., nicht etwa der hypothetische Zuschlag des Reichstariifs in die Rechnung einzustellen. Sollen also beispielsweise von den der Berechnung zugrunde zu legenden 13 Wochen 8 Wochen in die Zeit vor und 5 Wochen in die Zeit nach dem 1. März 1915, so sind für die ersten 8 Wochen die damals gezahlten Löhne, einschließlich des Kriegszuschlages von 30 Proz., für die letzten 5 Wochen die nach dem Reichstariif maßgebenden Beträge, also der tarifmäßige Lohn nebst dem tarifmäßigen Zuschlag von 20 Proz. in die Durchschnittsberechnung einzustellen.

Es versteht sich von selbst, daß dem bei der Berechnung des Durchschnittslohnens, da in ihm der Kriegszuschlag bereits berücksichtigt ist, nicht etwa nochmals ein solcher Zuschlag angesetzt ist. Die Schlichtungskommission hat jedoch geglaubt, diesen Sach der Deutlichkeit halber im Schriftspruch zum Ausdruck bringen zu sollen.

Da endlich in der mündlichen Verhandlung vor der Schlichtungskommission auch die Frage erörtert worden ist, wie es sich mit der Berechnung des Durchschnittslohnens für die Zeit nach Beendigung des Krieges verhält, wenn die für die Berechnung maßgebenden vorausgesetzten 13 Wochen ganz oder teilweise noch in der Kriegszeit fallen, so hat die Schlichtungskommission geglaubt, zur Vermeidung späterer Streitigkeiten auch auf dieser Frage Stellung nehmen zu müssen. Sie steht hier auf folgendem Standpunkte: Die gegenwärtig an gewisse Prozentsätze erhobten Löhne sind Kriegslöhne. In dem Augenblick, in welchem der Krieg zu Ende ist, fallen tarifmäßig

die Kriegszuschläge fort und es sind nur noch die im Tarif für Stück- und Zeitarbeit ausgeworfenen Lohnsätze ohne Zuschlag zu bezahlen. Mit dem Augenblick der Kriegsendigung muß daher auch der Durchschnittslohn im Sinne der Nr. 3g des Reichstariifs als Friedenslohn, d. h. als Grundlohn ohne Kriegszuschlag, berechnet werden. Selbst in denjenigen Fällen, in welchen die der Berechnung des Durchschnittslohnens zugrunde zu legende Arbeitsperiode ganz oder teilweise noch in die Dauer des Krieges gefallen ist, muß daher, falls die Festsetzung des Durchschnittslohnens erst in der Zeit nach Beendigung des Krieges zu treffen ist, der

Feldgrau.

Gräu wie die Farbe des Feldes ist die Uniform, die unsere Soldaten da draußen im Feindeslande tragen. Sie passen sich damit an die Umgebung an, in der sie augenblicklich leben, und genießen so den Vorteil, durch diese Anpassung schlechter erkannt zu werden und damit besser geschützt zu sein. Schon in der Tierwelt finden wir dieses Schutzmittel. Wir sehen, daß Tiere ihre Farbenkleid je nach ihrer Umgebung ändern und daß die Natur diesen Tieren die Farbe ihrer Umgebung gab, indem sie durch den Kampf ums Dasein die anders gefärbten eher untergehen ließ und damit auch ihre Nachkommenschaft aufhob. Das Farbenkleid ist damit ein wichtiges Hilfsmittel im Kampfe der Lebewesen.

Und wie in jenem rohesten Daseinskampfe, so gibt es auch im friedlichen Zusammenleben der Menschen jene Farbenanpassung, nämlich die Gesinnungsumkehr. Da hat einer hier diese Ansicht und da jene, hier spendet er dieser Meinungäußerung Beifall und dort jener. Bald ist er schwarz, bald blau, bald rotbar. Und er sieht nicht einmal das Schmäliche und Unwürdige solcher Anpassung, nennt sie viellecht noch gut, da sie zum Leben erforderlich sei.

In Wahrheit aber ist das Feldgrau im Daseinskampfe ein untrüglicher Gradmesser für das Vorhandensein oder Fehlen einer Anschauung über Welt und Leben. Wer nichts kennt als das eigene Ich und im kalten Glück des kleinen Ich allein sein will, der paßt sich der Umgebung an, in der er lebt, der schillert äußerlich in tausend Farben, während er innerlich nichts ist als ein glanzloses Glied im menschlichen Zusammenleben. Ein Mensch in des Wortes vollendetem Sinne hat nur eine Farbe, nämlich seine Natur und seine persönliche Eigenart. Für ihn gibt es keine Schinderei für den eigenen Vorteil, für ihn lebt nur das große Ganze, von dessen Kompliziertheit er durch eine Originalität und Unwichtigkeit ein wichtiges Glied ist. Sein Denken und Handeln wird nicht von der Gegenwart diktiert, sondern von der Zukunft. Er handelt nicht vom Standpunkte des augenblicklichen Vorteils für das persönliche Ich, sondern er kennt nichts als die Zukunft des Ganzen. Darum fügt er sich dem großen Entwicklungs gange des Ganzen ein, statt jener kleinlichen Augenblicksanpassungsmittel, und wenn er sich dem heutigen Leben anpaßt, so geschieht es nur von jenem hohen Zukunftsstandpunkte aus. So versteht er die Schlichten als natürliche Produkte der bisherigen Entwicklung, und er vergeißt ihnen und lebt mit ihnen. Feldgrau ist darum das Zeichen einer alten Kampfeswelt; das Zeichen der neuen Welt ist das strahlende Licht des freien Persönlichkeitsgedankens für ein großes gemeinsames Menschenglück.

während der maßgebenden Arbeitsperiode noch gezahlte Kriegszuschlag bei der Berechnung ausgeschiedenen werden. Das entspricht nach Ansicht der Schlichtungskommission sowohl der Ansicht der Beteiligten bei Festsetzung des Reichstariifs wie auch der Billigkeit.

Feldpostbrief.

Sage hierdurch meinen besten Dank für die mir zugehenden Zigaretten. Mit besonderem Interesse habe ich die Broschüre „Sozialdemokratie und Landesverteidigung“ gelesen. Mit Bedauern habe ich die Notiz gelesen, worin sich der Vorstand der Zigaretten-Braunschweig weigerte, diese Broschüre auszuliefern. Hoffentlich wird er bald eines anderen belehrt sein. Hoffentlich ist der Krieg bald zu Ende, um nach unserer Heimkehr die Arbeit und Agitation neu aufnehmen zu können. Mit dem Versprechen, der Organisation treu zu bleiben, verbeide ich mit Kollegialen Gruß
B. Dreifig.

Ein Mahnwort an die Mütter der schulentlassenen jugendlichen Arbeitskräfte.

Nur noch wenige Wochen, und für Zehntausende von Knaben und Mädchen ist mit der Schulentlassung ein Abschnitt ihres Lebens beendet. Da werden die Eltern wieder vor die Notwendigkeit gestellt, den Kindern behilflich zu sein, geeignete Plätze zu finden, die sie befähigen sollen, später einmal den Lebensunterhalt selbst zu erwerben. Diesmal, wo der Vater meist im Felde sein wird, ist es sicher noch viel schwieriger als sonst schon, die richtigen Stellen und überhaupt Eingänge für die Kinder in das Erwerbsleben zu finden. Der Vater hatte doch mehr Verbindungen, auch war er wohl allgemein über das, was die Verufe für Anforderungen an die Menschen stellen und welche Aussichten sie bieten, informiert, als dies von den Frauen erwartet werden kann, die jetzt die Sorge um die Berufswahl für die Kinder und die Erlangung eines Arbeitsplatzes allein werden zu tragen haben. Viele Familien, die früher ganz andere Pläne mit ihren Kindern gehabt haben, werden auch jetzt darauf sehen müssen, daß der Junge oder das Mädchen möglichst schnell etwas verdient, denn alles, was zum Leben gebraucht wird, ist teuer und die Familieneinkünfte sind gering, weil der Hauptverdiener fehlt.

Um so mehr ist es deshalb diesmal angebracht, darauf zu sehen, daß die neu in das Erwerbsleben eintretenden Knaben und Mädchen vor Schaden bewahrt bleiben, der sowohl durch falsche Berufswahl wie auch durch Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte entstehen kann.

Beides ist nicht so leicht zu vermeiden. Soweit die Kinder selber Wünsche für ihre Berufswahl äußern, stützen sich diese in der Mehrzahl aller Fälle auf das, was sie in Bekanntenkreisen gelegentlich über diesen oder jenen Beruf gehört haben. Selten nur sind sie von berufsvertrauten Personen eingehend über den Beruf unterrichtet und ist dabei von geeigneter Seite gepörrt worden, ob der Junge oder das Mädchen auch den Anforderungen gewachsen ist. Die Kinder sind in der Regel auch gar nicht in der Lage, zu wissen, ob das Interesse für die Arbeit, für die sie glauben, sich zu interessieren, bleiben wird, wenn sie die Arbeit in allen Einzelheiten erst kennen lernen und praktisch darin tätig sind. Sehr oft hängt die Berufswahl auch von Zufälligkeiten ab. Irigend ein Verwandter oder Bekannter der Familie ist in der Lage, das Kind in dem Betriebe anzuwerben, wo er arbeitet, und schon ist die „Berufswahl“ erledigt und die Eltern sind wenigstens diese Sorge los.

Diese Form der Berufswahl soll jetzt möglichst beseitigt werden durch Berufsberatungsstellen, die bereits für eine Reihe von Verufen in einer Anzahl Städten vorhanden sind und meist mit der Schule in Verbindung stehen. Leider fehlt in diesen Berufsberatungsstellen aber der Einfluß der Arbeiter, die wegen ihrer praktischen Kenntnis des Berufslebens und der Verhältnisse der Arbeiterfamilien dort sicher wertvolles leisten könnten. Heute wird vielfach versucht, jugendliche Arbeitskräfte durch die Berufsberatungsstellen für Gewerbe und Arbeitsarten zu gewinnen, die von der modernen Industrie längst überholt sind und die deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen keine besondere Anziehungskraft mehr auf die in das Erwerbsleben eintretenden Personen ausüben.

Verhältnismäßig neu sind Berufsberatungsstellen für Mädchen. Hier ist besonders groß der Einfluß der Frauen aus bürgerlichen Kreisen, die danach streben, dem weiblichen Geschlecht alle Verufe zu erschließen und dies Ziel dadurch zu erreichen suchen, daß sie für die verschiedenen Erwerbszweige eine mehrjährige Lehrzeit auch für die Mädchen fordern. In verschiedenen Verufen, z. B. für die Schneiderei, die Wäanderei, das Friergewerbe, in einigen Städten auch für Wäanderei und Stickerel, sind diese Forderungen bereits verwirklicht worden.

Es ist nun ohne Zweifel richtig, daß bis vor kurzem noch Frauen aus Gewohnheit oder falscher Ansicht von Verufen ausgeschlossen blieben, die sich auch für sie eignen. Hier hat der Krieg und das Fehlen genügend männlicher Arbeitskräfte erst Wandel geschaffen. Ebenso richtig ist, daß für weibliche Arbeitskräfte ganz allgemein andere Ausbildungsmethoden üblich sind, als sie für männliche Kräfte angewendet werden. Nicht richtig aber ist, daß die für männliche Arbeitskräfte übliche Ausbildungsmethode nun auch für die Verufenen praktisch ist. Die Arbeiterfamilien wissen, wie oft die armen Jungen in der langen Lehrzeit zu allerhand Arbeitsleistungen herangezogen worden sind, nur nicht zu denen, die ihnen wirkliche Kenntnis der Verufe bringen können. Die Lehrzeit muß aber stets entweder ganz umsonst oder gegen nur geringes Kostgeld an die Verufenen verbracht werden. Wenn deshalb die längere Lehrzeit allgemein auch für die Mädchen eingeführt wird, so hängt damit zusammen, daß auch diese in Zukunft eine längere

Zeit als bisher ohne oder nur gegen ganz geringe Entschädigung beizubehalten werden sollen.

Verhörungen von Hausfrauenorganisationen sind im Gange, für Dienstmädchen eine längere Lehrzeit einzuführen, in der natürlich ein erheblich geringeres Entgelt für die Arbeit geleistet werden soll, als sonst gezahlt wird.

Das hier Gesagte gilt ganz allgemein für alle Berufe. In den meisten Berufsgruppen haben sich nun die Arbeiter eine Organisation geschaffen, die auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluss gewonnen hat und auch in der Lehrlingsfrage, vor allem bei der Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge ein Wort mitredet.

Um so mehr ist daher die Gefahr vorhanden, daß durch eine wohl aufgemeinte Berufsberatung, die aber die praktischen Berufsverhältnisse und die Verhältnisse der Arbeiterfamilien zu wenig kennt und berücksichtigt, den Arbeiterfamilien und den jugendlichen Arbeiterinnen Schaden entsteht.

In einer Zeit, die der arbeitenden Bevölkerung schon so große Lasten auferlegt und die Lebensbedingungen erschwert, ist es doppelt nötig, jede weitere Erleichterung nach Möglichkeit fernzuhalten.

Aus unserem Beruf.

Verbot des Gamaschentragens für Mannschaften. Das Kriegsministerium sah sich genötigt, ein Verbot des Gamaschentragens zu erlassen, dessen Befolgung die Herstellung und den Verbrauch von Gamaschen stark beeinträchtigen wird.

Vielfach werden jetzt von Mannschaften Leder- und Widelgamaschen getragen, die nicht zum Anzuge gehören.

Die Heeresverwaltung und die vorgesetzten Dienststellen mußten daher dagegen einschreiten und das Tragen solcher Gamaschen verbieten.

Lebergamaschen zu Schnürschuhen sind erlaubt für die Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamten der Militärverwaltung, aber nicht für Mannschaften. Widelgamaschen sind überhaupt nicht in der preussischen Armee eingeführt und ihre Einführung ist auch vorläufig nicht beabsichtigt, da die Nachteile die sich aus dem Tragen derselben ergeben, weit die Vorteile überwiegen.

Neulich verhält es sich mit den Leder- und Widelgamaschen zu den Schnürschuhen. Das umständliche Anziehen (namentlich bei Dunkelheit und mit klammernden Fingern), der geringere Schutz gegen das Eindringen von Nässe und Schmutz, die leichtere und billigere Anfertigung von Stiefeln gegenüber den Schnürschuhen mit Gamaschen, sprechen an und für sich schon genügend gegen Gamaschen.

Bedarf an Geschirrsachen ist gedeckt. Wie wir dem Wirtschaftsblatt für Meer und Marine entnehmen, ist bei den Artilleriedepots zurzeit ein größerer Bestand an Geschirrsachen vorhanden, so daß der Bedarf für längere Zeit gedeckt ist.

Es empfiehlt sich deshalb nicht, solche auf Vorrat, sondern nur auf feste Bestellung hin anzufertigen.

Im Interesse der Firmen und Beschaffungsstellen liegt es, wenn Meidende zur Erlangung von Aufträgen auf Geschirrsachen die Artilleriedepots vorläufig nicht besuchen.

Unzufriedene Klage. Seit einigen Monaten hat sich in der Lederwarenbranche die Klage eingeführt, die Banknoten mit nachgeahmtem Papiergeld zum Zwecke der leichteren Anpassung auszugeben. Die verschiedenen Fächer der Banknoten werden mit entsprechenden Ziffern bedruckt, die den Wert des einzuschubenden Papiergeldes andeuten. Um die Sache noch besser zu veranschaulichen, hat nun eine Berliner Firma von dem verschiedenen zurzeit im Umlauf befindlichen Papiergeld Muster drucken lassen und diese an die Lederwarenfabrikanten verteilt.

Korrespondenzen.

Leipzig. (E. 11. 9.) Vor gut besuchter Versammlung am 28. August hielt Arbeitersekretär Mhlau einen Vortrag über die durch den Krieg bedingten Unterstützungs- und Rechtsverhältnisse. Der Vortragende behandelte sehr ausführlich die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen sowie alle Versicherungszweige, die durch den Krieg nötig geworden sind.

Rundschau.

Anarchie im Lebensmittelhandel. In der westfälischen Industriestadt Bielefeld (etwa 200 000 Einwohner) hat der Kriegsausbruch für Konsumrenteninteressen eine umfangreiche Untersuchung über Güte und Preise der zum Verkauf gelangenden Lebensmittel veranstaltet.

An der Abteilung Wurstwaren sind geradezu skandalöse Zustände entdekt worden. Fast nur Schund und hohe Preise! Sprach sich zusammenfassend ein Sachverständiger aus. Die Waren waren meistens berast mit Wasser verfälscht; daß sie innerhalb zwölf Stunden Gewichtverluste von 8 bis 15 Proz. aufwiesen.

gerade die teuersten Sachen die schlechtesten waren. Dieser waren die zu den billigsten Sägen ausgezeichneten Qualitäten gar nicht vorrätig.

Adressenänderungen. Karlsruhe. RU. A. Strauß, Lachnerstraße 22, 4 Tr., 12 bis 1 1/2 Uhr.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsangehörigen Deutschlands, in Berlin, P. O. B. (früher C. O. Nr. 64). Bekanntmachung.

Den Ortsvereinigungen geben wir hierdurch bekannt, daß im laufenden Jahre 23 Wochenbeiträge zu erheben sind. Die entsprechende Beitragsliste ist in die letzte Wochenrubrik hinter die 62. Woche des Mitgliedsbuches eingulichen.

Sattler Vorarbeiter gesucht. Alfred Stütz, Stofffabrik, Mainz.

Strohbauer u. Häner auf Stellummete n/A erhalten dauernde Beschäftigung. Stellummetfabrik J. Martens & Co., Stralsund.

Sattler, welche auf Coupé- und Handlöffler, Schutranzen und Militäreffekten (Kornriester) eingerichtet sind, werden per sofort gesucht. W. Lehmann, Lederwarenfabrik Obernkirchen (Sausky).

3 Sattler-Nähmaschinen. Oberteil, fast neu, billig zu verkaufen. Off. unt. M. W. 9890 an Rudolf Mosse, München.

Tüchtiger Sattlermeister! Zur Leitung unserer Fabrikabteilung von Sattler- und Geschirrsachen bei hohem Gehalt gesucht. Oppenheimer & Co., Darmstadt.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Lederarbeiten liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63. Begründet 1860. Preislisten A. P. gratis und franco.